Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg

SPD

20.12.2014 Nr. 67

Inhalt:

Scheitern des Mobiloskop S. 01
Aufklärung über Haushaltskonsolidierung S. 01
Besuch im Gewerbegebiet Rhederstraße S. 02
CDU-Ratsmitglied im Stadtrat bevorzugt S. 02
Vorwurf der Klientelwirtschaft S. 03
Besuch der Meyer-Werft S. 03
Information zu gekündigten Meyer-Mitarbeitern S. 04

Juli 2003

Ulli Nehe soll Verantwortung für Scheitern des Mobiloskop übernehmen

Die SPD forderte Ulli Nehe auf, endlich das Mobiloskop zu begraben und keine Legendenbildung zu betreiben. Nicht Teile des Stadtrates redeten die Idee kaputt, sondern das Konzept fand keine Interessenten, die bereit waren zu investieren. Auch den Bürgern konnte die vorgelegte Studie nicht vermittelt werden. Hätte man auf die SPD gehört, wäre die Stadt heute nicht so verschuldet. Die SPD forderte Ulli Nehe auf, Verantwortung für das Scheitern des Mobiloskop zu übernehmen.

Bereits bei der ersten Vorstellung des Konzeptes durch Wilfried Nehe und den Kämmerer Jo Herrmanns im April 1999 hatte die SPD eine Befürwortung des Projektes nur unter der Voraussetzung in Aussicht gestellt, wenn betroffene Firmen Interesse zeigten und für die finanzielle Umsetzung sorgten. Nach Meinung der SPD sollten auf die Stadt außer planerischer Kompetenz keine finanzielle Belastung zukommen.

Der Finanzierung der Machbarkeitsstudie stimmten Teile der SPD-Fraktion nur zu, weil das Planungsbüro Büscher versprach, damit Investoren einzuwerben. Die Machbarkeitsstudie, die dem Planungsbüro Büscher Millionen einbrachte, wurde aber erst nach mehrmaligen Drängen verspätet abgeliefert, ohne eine entsprechende Gegenleistung zu erbringen. Gleichzeitig forderte die SPD im Februar 2001: Eine weitere finanzielle Belastung der Stadt müsste ausgeschlossen werden.

Schon damals warnten Kritiker davor, dass eventuell die ursprünglichen Planungen für das Gelände „Rieke und Meyer“ über den Haufen geworfen werden könnten. Die SPD war der Meinung, dass das Wettbewerbskonzept „Wohnen am Wasser“ nicht kaputt gemacht werden dürfte.

Sie warnte bereits im Februar 2001 davor, das Projekt Mobiloskop wegen des Kommunalwahlkampfes als Prestigeprojekt des Bürgermeisters und des Landratkandidaten mit Beteiligung der öffentlichen Hand durchzuboxen. Es könnten. so die SPD damals, neben den Pflichtaufgaben kaum noch Wünsche der Papenburger Bürger verwirklicht werden. Leider behielt die SPD mit dieser Befürchtung recht, denn wenige Tage vor der Wahl wollte sich die Meyer-Werft als einziger konkreter Investor am Mobiloskop beteiligen, wo von sie nach der Kommunalwahl sofort wieder abrückte.

Das Mobiloskop war ein riesiger Flop, der so schnell wie möglich beerdigt werden sollte.

Wenn Ulli Nehe auch noch behauptete, dass ohne die Planungen für das Mobiloskop das Biomasse-Heizkraftwerk heute nicht seinen Standort am Hafen hätte, sondern möglicherweise in der Stadtmitte hinter dem Bahnhof, dann entlarvte dies nach Meinung der SPD seine städteplanerische Inkompetenz. Der Vorschlag für den Standort am Bahnhof kam unter seiner Verantwortung von der Verwaltung. Leider wurde der jetzige Standort bei den ersten Verhandlungen der Firma ProkonNord mit der Stadt überhaupt nicht ins Spiel gebracht. Für die SPD bestand kein Zweifel, dass viel Zeit, Ärger und Millionen-Kosten bei der Stadt hätten vermieden werden können, wenn gleich zu Beginn der jetzige Standort von der Stadt geplant worden wäre.

Eine rechtzeitige Abkehr von dem Mobilboskop hätte mit großer Sicherheit auch die aktuellen Planungen des Investors bei Rieke und Meyer früher realisierbar gemacht.

Aufklärung zu Haushaltskonsolidierung

Nach einem halben Jahr Sparbeschlüsse wünschte die SPD-Fraktion mit einer Zwischenbilanz Aufklärung über die finanzielle Situation der Stadt. Die Streichliste der CDU war nach Mei-nung der SPD reine Augenwischerei, mit der die Probleme nicht gelöst, sondern nur in die Zukunft verschoben wurden. Die SPD-Fraktion fragte in diesem Zusammenhang auch nach eventuell geplanten Veränderungen in der Struktur der Verwal-tung.

Während der Landkreis versuchte, Bürokratie in der Verwaltung abzubauen, blieb in der Stadt Papenburg scheinbar alles beim Alten.

Für die SPD stellte sich die Frage, wann mit Veränderungen zu rechnen wäre. Welche Vorstellungen hatten die Verwaltung und der erste Stadtrat Gunnar Jungclaus? Wann würden die Stadträte über eventuelle Konzepte des Outsourcings informiert, über die man Gerüchteweise hörte. Wie sollte z.B. die Zukunft der VHS aussehen? Würden die VHS oder Teile davon demnächst in eigene Gesellschaften überführt? Was sollte mit der Stadtgärtnerei oder dem Bauhof passieren? Die SPD forderte möglichst schnelle Aufklärung. Wenn Veränderungen geplant waren, so müssten die Ratsmitglieder in diese Entscheidungen frühzeitig eingebunden werden.

Ebenfalls wartete die SPD-Fraktion auf die Einlösung des Versprechens vom Bürgermeister und der Verwaltungsspitze, fortlaufend über die finanzielle Situation der Stadt Papenburg zu informieren.

Welche Maßnahmen würden ergriffen, um die Ausgabenpolitik der Stadt in den Griff zu bekommen? Bei welchen Gebühren sollten zukünftig Anpassungen erfolgen? Wann würde endlich versucht, durch eine vernünftige Gebührenordnung die Probleme der Kosten des Hafens zu beheben? Für die SPD müssten diese Fragen nach der Sommerpause dringlich behandelt werden. Aus diesem Grunde wollte sie sofort nach den Sommerferien ein Gespräch mit dem Ersten Stadtrat Gunnar Jungclaus führen, in dem es auch um Fragen der Privatisierung von städtischen Aufgaben gehen würde.

August 2003

SPD-Besuch im Gewerbegebiet Rhederstraße

Auf Vermittlung von Hans-Werner Gouterney besuchten die SPD-Fraktion aus Papenburg und SPD-Fraktionsmitglieder des Ortsrates Aschendorf das Gewerbegebiet an der Rheder Straße. Neben der Besichtigung des Schuhhauses Klahsen sprachen die Besucher mit Klaus Niesmann der Firma Niesmann Multimedia und Heinz Lampe der Firma Küchentraum über die aktuelle Situation des Gewerbegebietes. Hans-Josef Klahsen führte die Besuchergruppe durch das Schuhgeschäft, in dem jetzt die 5. Generation der Kaufmannsfamilie, Tochter Jutta und Sohn Jens, erfolgreich an der Zukunft des Geschäftes mitwirkten.

Das weit über die Grenzen von Aschendorf bekannte Unternehmen feierte bereits sein 125-jähriges Jubiläum. Seit 1982 befand sich das Geschäft an der Rheder Straße. Es gehörte zu den größte Schuhäusern Deutschlands. Es beschäftigte über 130 Mitarbeiter und war weiter auf Expansionskurs.

Die Firma Niesmann, Multimedia, die 1992 ihre Tore in Aschendorf öffnete, zog erst im Jahre 2000 mit einem Neubau in das Gewerbegebiet Rhederstraße genauso wie die Firma Küchentraum. Alle hatten mit den schwierigen Bodenverhältnissen zu kämpfen und mussten die Gebäude mit einer Pfahlgründung von 2,40 m sichern.

Die Firmen waren mit dem Standort zufrieden. Um die Attraktivität des Gebietes zu steigern, wünschten sie sich aber, dass die restlichen Flächen möglichst bald auch besiedelt würden. Sorgen bereiteten den Firmeninhabern die Planungen der Firma Abeln.

Die Firma Abeln wollte ein benachbartes Grundstück zukaufen, um dort eine mobile Brechanlage für Bauschutt zu installieren. Außerdem sollte eine Halle mit einer Sortieranlage für Wert- und Reststoffe errichtet werden.

Für die SPD waren die Sorgen der Anwohner berechtigt. Sie hielt eine derartige Nutzung in diesem Bereich für nicht passend. Der Krach und die Schadstoffemissionen vertrügen sich nicht mit den Einzelhandelsgeschäften, so dass auch Arbeitsplätze gefährdet wären. Deshalb hatte sie sich auch gegen den Verkauf ausgesprochen.

Die Aschendorfer SPD-Ortsratmitglieder wollten die Anwohner über die jetzt noch ausstehenden Genehmigungsverfahren und deren Zeitplan unterrichten, so dass die Möglichkeiten des Einspruchs genutzt werden könnten.

Gesprächsrunde über die Zukunft des Gewerbegebietes Rheder Straße mit Klaus Niesmann, SPD-Ratsmitglieder Anton Schipmann, Wilhelm Kröger, Günter Klein, Hans-Werner Gouterney, Roland Seemann, Heinz Lampe von der Firma Küchentraum, SPD-Ratsmitglied Anne Schnieders, Hans-Josef Klahsen, SPD-Fraktionsvorsitzender Hartmut Bugiel, SPD-Ortsratsmitglied Franz-Josef Antepohl (im Hintergrund) und Jens Klahsen (von links nach rechts)

CDU-Ratsmitglied bei Entscheidungen im Stadtrat bevorzugt?

Auf Unverständnis stießen Begleitumstände beim Verkauf einer Gewerbefläche im Gebiet an der Rheder Straße an die Firma eines CDU-Ratsherren. Nach Auffassung der SPD wurde bei der Festlegung des Kaufpreises mit zweierlei Maß gemessen. Außerdem schadete die geplante Nutzung der weiteren Entwicklung des Gewerbegebietes.

Die Firma Abeln kaufte im Gewerbegebiet an der Rheder-Straße ein benachbartes Grundstück, um dort eine mobile Brechanlage für Bauschutt zu installieren. Es sollte dort auch eine Halle mit einer Sortieranlage für Wert- und Reststoffe errichtet werden.

Nach einem Besuch im Gewerbegebiet stellte sich für die SPD-Fraktion die Frage nach offensichtlichen Vergünstigungen beim Kaufpreis des Grundstückes. Als wesentlicher Grund einer Preisminderung beim Verkauf des Grundstücks wurden die schwierigen Bodenverhältnisse angeführt.

Gespräche mit anderen Betriebsinhabern machten jedoch deutlich, dass alle bisherigen Anwohner in diesem Gewerbegebiet

die gleichen schwierigen Bodenverhältnissen vorfanden. Sie mussten die Gebäude mit einer Pfahlgründung von 2,40 m sichern und bekamen keine Vergünstigung beim Kaufpreis. Hier wurde nach Auffassung der SPD mit zweierlei Maß gemessen.

Deshalb sollten die genauen Umstände dieses Verkaufes nochmals überprüft werden. Die CDU–Fraktion müsste sich bei solchen Entscheidungen an Sachargumenten orientieren und nicht ständig die eigene Klientel bevorzugen. Ratspolitik dürfte nicht zur persönlichen Vorteilserlangung missbraucht werden.

Die SPD-Fraktion hielt eine Sortieranlage für Wert- und Reststoffe in diesem Bereich grundsätzlich für nicht passend. Der Krach und die Schadstoffemissionen vertrügen sich nicht mit den Einzelhandelsgeschäften, so dass auch Arbeitsplätze gefährdet sein könnten. Deshalb hatte sie sich auch gegen den Verkauf ausgesprochen.

In der Vergangenheit hatte sich der Ratsherr, der jetzt diese Nutzung plante, häufig gegen Ansiedlungen von Firmen wie z.B. eines KFZ-Betriebes in diesem Gebiet gewandt, weil er wegen möglicher Emissionen in das Gewerbegebiet nicht passen würden. Wenn jetzt dieser Ratsherr zu verstehen gab, dass er ohne die Ankaufmöglichkeit nach Dörpen abwandern würde, so untergrub dies seine Argumentation.

Vorwurf der Klientelwirtschaft gegen die CDU

Die SPD bekräftigte nach verschiedenen Erklärungsversuchen durch die CDU ihre Auffassung, dass bei der Festlegung des Kaufpreises einer Gewerbefläche im Gebiet an der Rheder Straße mit zweierlei Maß gemessen wurde. Gleichzeitig wies sie auf Vorgänge hin, bei denen in der Vergangenheit die CDU ihrer Klientel nachteilige Rechtsfolgen durch nachträgliche Ratsbeschlüsse legitimierte.

Für die SPD stand außer Zweifel, dass die gewährte Kaufpreisminderung nicht gerechtfertigt und kein seriöser Kaufpreis waren, weil CDU-Ratsherr Abeln für die behauptete geringere Qualität der von ihm erworbenen Fläche einen Nachweis auch nach seinen jüngsten Äußerungen und der Pressemitteilung der CDU-Pressesprecherin in der Presse schuldig geblieben war. Die SPD blieb auch bei ihrer Feststellung, dass es der CDU-Ratsherr Abeln selbst war, der sich nachweislich zugunsten der Nutzung des Gewerbegebiet z.B. gegen störenden Emissionen (Schrott) ausgesprochen hatte, und hiervon nun verständlicherweise nichts mehr wissen wollte.

Die SPD wollte in diesem Zusammenhang wissen, ob es auch noch andere Bewerber für dieses Grundstück gab und ob das Unternehmen Abeln mit einer Verlegung des Betriebes nach Dörpen gedroht hatte.

Die Anschuldigung der Pressesprecherin der CDU-Fraktion, dass die SPD die Grundregeln des menschlichen Anstandes verließe, wies die SPD zurück und machte die CDU darauf aufmerksam, dass die Ratsmitglieder dem Wohle der Stadt verpflichtet wären und ihr Amt unabhängig von Einzelinteressen bzw. Interessen von Parteifreunden ausüben sollten.

Die Entscheidung der CDU-Ratsfraktion zugunsten des Grundstückverkaufes verstieß elementar gegen die Auffassung fast aller Aschendorfer CDU-Funktionsträger sowie gegen den allgemeinen Bürgerwillen, wonach eine Bauschuttschredderanlage in einem durch Geschäfte geprägten Gewerbegebiet nicht vorstellbar wären. Zugunsten einzelner Privatinteressen wurde von der CDU-Fraktion im Rat sogar gegen die eigene Aschendorfer Orts-CDU gestimmt.

Im Übrigen war es völlig fehl am Platze, wenn die CDU von der SPD die Wahrung politischen Anstandes verlangte und zugleich bereit war zugunsten ihrer eigenen Klientel z.B. die nachträgliche Änderungen von Bausatzungen und Baugenehmigungen im Stadtrat durchzusetzen.

SPD-Ortsrat und SPD-Fraktion forderten den CDU-Ratsherrn Abeln auf, die eingetretene Lage zu überdenken und von den bisher beabsichtigten Plänen abzulassen. Im Sinne einer sauberen Lösung und zugunsten einer weiterhin positiven Entwicklung des Gewerbegebietes sollte nach einem anderen und wirklich geeigneten Standort für die geplante Schredderanlage gesucht werden. Hierbei könnte die Verwaltung Hilfe leisten.

Besuch der Meyer-Werft

Mitglieder der Fraktion aus SPD und GRÜNEN besuchten die Meyer-Werft, um sich über den neuesten Stand der Entwicklung bei der Meyer-Werft nach den Betriebsferien zu informieren.

Die Ereignisse vom 11. September und der Krieg im Irak behielten nach den Ausführungen von Geschäftsführer Hans-Artur Wilker für die Kreuzschifffahrt ihren negativen Einfluss. Obwohl auch am Wochenende wieder intensive Gespräche geführt wurden, stand ein neuer Abschluss noch aus. Dafür wurden aber neue technische Details wie zum Beispiel die Notwendigkeit eines 5. Motors oder die Verlagerung der Tanks von außen nach innen mit den Auftraggebern besprochen.

Hans-Artur Wilker zeigte gegenüber den Besuchern vorsichtigen Optimismus für die Zukunft der Werft in Papenburg. Trotz satter Unterbeschäftigung vor allem in der Technologiehalle wäre die Werft mit ihren Umstrukturierungsmaßnahmen im Zeitplan. Die 2. Welle im Beschäftigungsabbau würde im September notwendig werden. Alle Beteiligten waren sich darüber einig, dass durch die Transfergesellschaft Devertrans und andere Maßnahmen auch weiterhin alles unternommen werden müsste, um den Personalabbau sozialverträglich zu gestalten.

Durch die Hereinnahme von Aufträgen für Frachtschiffe (Gastanker und Containerschiffe für die Ostsee) und Fährschiffe versuchte die Meyer-Werft die Krise im Kreuzschifffahrtbau zu überwinden. Das Procedere für den Bau von 2 Fähren für Indonesien machte Fortschritte. Hans-Artur Wilker bedankte sich in diesem Zusammenhang bei Reinhold Robbe (MdB) für die Unterstützung bei der Bundesregierung.

Aber selbst bei neuen Aufträgen im Kreuzschifffahrtbau wäre ein Anstieg der Stammbelegschaft zukünftig nicht zu erwarten. Man würde die Risiken der Personalkosten weiter auf Fremdfirmen verlagern.

Für die Geschäftsleitung war der Kreuzschifffahrtbau ein nachhaltiger Wachstumsmarkt. Die wieder ansteigenden Passagierzahlen im Kreuzfahrttourismus wären ein Zeichen für eine baldige Überwindung der Krise. So stiegen in Amerika die Kreuzfahrttouristen wahrscheinlich auf 8,5 Millionen gegenüber 7,6 Millionen im Jahre 2002. Mit 40 Millionen Amerikanern, die eine Kreuzfahrt machen wollten, wäre dieser Tourismuszweig immer noch ein riesiger Wachstumsmarkt.

Information über gekündigte Meyer-Beschäftigte

Mit einem Besuch der Transfergesellschaft Dever-Trans und einem Gespräch mit dem Projektleiter Sven Beyersdorff und dem Personalbeauftragten Bernhard Bloem konnten sich die Politiker davon überzeugen, dass mit viel Engagement und Fachkompetenz den ehemaligen Mitarbeitern der Meyerwerft geholfen wurde bei der Neuorientierung auf dem Arbeitsmarkt. Sven Beyersdorff, Projektleiter der Dever-Trans, beschrieb als Zielsetzung der Dever-Trans, sie wollte Brücken bauen für die Mitarbeiter in den Arbeitsmarkt aber auch Lebenshilfe bereit-stellen. Die Firma würde sich um die knapp 600 Mitarbeiter kümmern, die bei der Meyer-Werft entlassen wurden. Im Moment betreute Dever-Trans 193 Personen. Die Ex-Meyer-Mitarbeiter befänden sich in „struktureller Kurzarbeit“ nach § 175 des Sozialgesetzbuches III. Mit einer Laufzeit von vier bis 14 Monaten in Abhängigkeit von der Beschäftigungsdauer bei der Meyer-Werft hätten sie Verträge mit der Dever-Trans und erhielten ein sogenanntes strukturelles Kurzarbeitergeld mit einer Aufstockung. Die Kosten teilten sich Arbeitsamt, Wirtschaftsministerium und Meyer-Werft.

Nach Arbeitsmarktseminaren, in denen den Teilnehmern die Situation des regionalen und überregionalen Arbeitsmarktes nahe gebracht wurde, standen Bewerbungstraining und Einzelberatung auf dem Programm der Dever-Trans. Anschliessend würden Qualifizierungsmaßnahmen bei örtlichen Bildungsträgern im Bereich Schweißen, EDV-Anwendungen wie z.B. Auto-CAD oder SPS-Steuerung aber auch Erlangung eines Gabelstapelführerscheins angeboten. Bis jetzt hätten 97 Mitarbeiter eine solche Qualifizierungsmaßnahme absolviert. Aber auch von den Möglichkeiten des Praktikums, eines Zeitarbeitsplatzes in einem Betrieb oder den Hilfen zur Existenzgründung würde zahlreich Gebrauch gemacht, so Sven Beyersdorff.

Für die Fraktionsmitglieder wurde deutlich, dass hier mit hohem Engagement versucht wurde, den Entlassenen qualifiziert zu helfen. Fraktionsvorsitzender Hartmut Bugiel wünschte den Mitarbeitern weiterhin einen langen Atem bei ihrer schwierigen Aufgabe.

Die Fraktion hoffte, dass auch die Mitarbeiter der zweiten Entlassungswelle diese Maßnahme erfolgreich für sich nutzen könnten, um eine neue Arbeitsstelle zu finden.

Fraktionsvorsitzender Hartmut Bugiel, SPD-Ratsfrau Anne Schnieders, GÜNEN-Ratsherr Gottfried Sandmann, SPD-Ratsherr Roland Seemann, Personalbeauftragter Bernhard Bloem, Projektleiter Sven Beyersdorff, SPD-Ratsherr Anton Schippmann (von links nach rechts)